

1848

Revolution in Deutschland

Herausgegeben von
Christof Dipper und Ulrich Speck

Insel Verlag

Inhalt

Vorbemerkung 7

I. Revolutionsbilder. Das Nachleben von 1848/49

- Manfred Hettling, Nachmärz und Kaiserreich 11
Martin Vogt, Weimar und die NS-Zeit 25
Edgar Wolfrum, Bundesrepublik Deutschland und DDR 35

II. Revolutionsstürme. Brennpunkte des Geschehens

- Paul Nolte, Baden 53
Hermann-Josef Rupieper, Sachsen 69
Rüdiger Hachtmann, Berlin 82
Wolfgang Häusler, Wien 99
Jürgen Herres, Köln 113
Michael Wettengel, Frankfurt und die Rhein-Main-Region 130

III. Räume der Revolution

- Manfred Gailus, Die Straße 155
Karl H. Weger, Wirtshaus und Café 170
Thomas Mergel, Das Rathaus 183
Ulrich Speck, Das Parlament 196

IV. Akteure und Zuschauer. Gesellschaft und Revolution

- Heinz Reif, Der Adel 213
Friedrich Lenger, Das Bürgertum 235
Hartmut Zwahr, Städtische Unterschichten 248
Klaus Ries, Bauern und ländliche Unterschichten 262
Sabine Kienitz, Frauen 272
Arno Herzig, Die Juden 286

V. Herrschaft in Bewegung. Die Politik der Revolution

- Wolfram Siemann, Revolution und Kommunikation 301
John Breuilly, Nationalbewegung und Revolution 314
Ute Frevert, Nation und militärische Gewalt 338
Jörg-Detlef Kühne, Eine Verfassung für Deutschland 355
Hans-Werner Hahn, Die sozioökonomische Ordnung der Nation 366
Lutz Raphael, 1848 und die Natur der Herrschaft 381

VI. Epilog

- Christof Dipper, Zerfall und Scheitern. Das Ende der Revolution 401

Anmerkungen 401

Literaturhinweise 441

Die Autoren 457

Frankfurt und die Rhein-Main-Region

Kaum eine andere deutsche Stadt ist so eng mit der Revolution von 1848/49 verbunden wie Frankfurt am Main. Als Sitz des Vorparlaments und der ersten deutschen Nationalversammlung gehörte Frankfurt neben Berlin und Wien zu den Brennpunkten des Geschehens auf nationaler Ebene. Die Verhandlungen der Nationalversammlung drängten dabei die revolutionäre Bewegung vor Ort in den Hintergrund. Diese Revolution in der Region war jedoch eng verbunden mit den großen Ereignissen und beeinflusste deren Verlauf entscheidend mit, so beispielsweise im September 1848, als sich der Aufstand in Frankfurt buchstäblich vor den Toren der Paulskirche abspielte. Auch jenseits der Nationalversammlung war das Rhein-Main-Gebiet mit zwei Landtagen und der Frankfurter Konstituierenden Versammlung Schauplatz eines regen parlamentarischen und außerparlamentarischen Lebens. Hier fanden 1848 so zentrale Ereignisse wie der erste Katholikentag und der erste Demokratenkongreß statt, und die Region entwickelte sich zu einem Zentrum regionaler und nationaler Vereinszusammenschlüsse.

Die Rhein-Main-Region war 1848 zwischen fünf deutschen Klein- und Mittelstaaten aufgeteilt: Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Homburg und der Freien Stadt Frankfurt. Dennoch wurde die Einheitlichkeit dieses Gebietes als Wirtschafts- und Verkehrsraum bereits von Zeitgenossen genutzt. Schon im Vormärz bestanden enge Beziehungen zwischen der liberal-demokratischen Opposition in der Region über die Staatengrenzen hinweg, und in der Revolutionszeit schlossen sich hier politische Vereine aus den verschiedenen Ländern zu regionalen Verbänden zusammen.

Trotz des aufkommenden Fabrikwesens und industriell-gewerblicher Inseln wie Offenbach, Höchst und Hanau prägten auch im Rhein-Main-Gebiet agrarische und handwerklich-kleingewerbliche Wirtschaftsverhältnisse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch das Bild. Mit knapp 60.000 Einwohnern war Frankfurt die größte Stadt im weiten Umkreis, gefolgt von einer Handvoll größerer Städte, deren Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 40.000 lag. Die Mehrheit der Bevölkerung in dieser kleinräumigen Welt lebte allerdings noch in Dörfern und Kleinstädten. Knappheit und Armut bestimmten ihren Alltag, die Landbevölkerung konnte auf ihren durch die Realernte zersplitterten Parzellen

und belastet durch hohe Abgaben kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Doch auch im städtischen Handwerk kriselte es, und vor allem in den Massenhandwerken – Schuhmachern, Schneidern, Schreibern und Zimmerleuten – ging die Furcht vor dem sozialen Abstieg um. Gründe für Unzufriedenheit gab es genug, und bereits während des Hungerjahres 1847 lag eine Revolution auch in der Rhein-Main-Region förmlich in der Luft.

Zugleich war in der Zeit des Vormärz im Bürgertum und in Teilen der Beamtenschaft eine politische Opposition entstanden, die Forderungen nach einem liberalen Verfassungs- und Rechtsstaat, einer nationalstaatlichen deutschen Einigung und gelegentlich sogar nach einer republikanischen Staatsform erhob. Spätestens seit den 1840er Jahren war diese liberal-demokratische Opposition im Rhein-Main-Gebiet zu einer breiten, in den Gemeinden fest verankerten und regional verflochtenen Bewegung angewachsen. In Hessen-Darmstadt etwa errang die Opposition bereits im Herbst 1847 bei den Wahlen zur zweiten Kammer des Landtags einen unerwartet deutlichen Sieg.

1. Die Märzerhebung

Bereits zeitgenössische Beobachter wie Max von Gagern erkannten drei Hauptströmungen der Märzerhebung von 1848, die nach Trägerschichten, Motiven, Zielen und eingesetzten Mitteln verschieden waren: Eine soziale Protestbewegung städtischer Handwerksgesellen und Unterschichten, eine agrarische Protestbewegung der Landbevölkerung und eine nationale und liberale Verfassungsbewegung des Bürgertums. Der spontane Ausbruch und die Gleichzeitigkeit dieser auch in sich heterogenen Bewegungen bildeten die Ursache für den raschen und friedlichen Sieg der Märzrevolution in diesem Raum. Das liberal-demokratische Bürgertum gab dabei den Ton an und bestimmte den Verlauf der Märzerhebung, die in allen Staaten des Rhein-Main-Gebietes nach demselben Muster abließ und gelegentlich den Eindruck einer Inszenierung mit dramatischen Effekten vermittelte.

Der sprichwörtliche Funke, der die Märzerhebung entfachte, waren die Februarrévolution in Frankreich und die Ausrufung der Republik am 24. Februar 1848. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht und erreichte schon am 26./27. Februar die Rhein-Main-Region. Hier lösten die Neuigkeiten unterschiedliche Hoffnungen und Befürchtungen aus. Allgemein wurde die Einschätzung geteilt, daß eine grundlegende Um-

wälzung stattgefunden hatte, die auch für die deutschen Verhältnisse weitreichende Konsequenzen besaß.

Den Anfang machte Mainz, wo am Abend des 28. Februar eine Bürgerversammlung unter Leitung des radikalen Landtagsabgeordneten Franz Zitz in einem Weinlokal einen Forderungskatalog an die zweite Kammer des hessen-darmstädtischen Landtags verabschiedete, der mit folgenden Worten begann: »Der mächtige Athem der Zeit hat den Dunst verweht, welchen Hofdiener und kurzsichtige Regierungsbeamte dem geistigen Auge der Fürsten vorzumachen bemüht waren. Überall ist die Stimme des Volkes laut geworden, und wo sie mißachtet wurde, hat der bewaffnete Arm die unveräußerlichen Rechte des Menschen zu fassen gewußt, welche ihm eine verabscheuenswerthe Politik nur zu lange vorhalten hat.«¹ Als Vorbild diente offensichtlich eine am Tag zuvor in Mannheim verabschiedete Adresse, die dieser stark ähnelte. Noch in der Nacht wurden die Mainzer Forderungen gedruckt und am Morgen des 29. Februar als Flugblatt verteilt.

Ähnliche Forderungskataloge wurden auch in den anderen größeren Städten der Rhein-Main-Region zunächst in den liberal-demokratischen Führungszirkeln entworfen, dann auf Volksversammlungen gebilligt und im Druck verbreitet: am 29. Februar in Hanau, am 1. März in Wiesbaden, am 2. März in Darmstadt und schließlich am 3. März in Frankfurt. In Hessen-Darmstadt wurde sogar eine regelrechte Petitionsbewegung entfacht. Die Reihenfolge der Petitionen war nicht ganz zufällig: Tatsächlich gehörten die Vorreiter Mainz und Hanau zu den radikalsten Städten der Region, während das Schlußlicht Frankfurt 1848 aufgrund seiner verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung zwar einen Brennpunkt des Geschehens, aber kein revolutionäres Zentrum darstellte.

Während sich die Märzforderungen sonst meist an die Monarchen, die Regierungen oder in Frankfurt an den Senat richteten, entwickelte sich in Hessen-Darmstadt die liberale zweite Kammer des Landtags zum Forum der Bewegung, als Empfänger von Petitionen sowie als Ausgangspunkt von Initiativen. Bereits am 28. Februar stellten dort die liberalen Abgeordneten Heinrich von Gagern, Lehne, Frank und Wernher nach badi-schem Vorbild einen Antrag auf Errichtung einer provisorischen deutschen Zentralgewalt in Verbindung mit einer Volksrepräsentation, und am 2. März verlangte der Abgeordnete Theodor Reh einen »Wechsel des bisherigen mit den Wünschen und Forderungen des hessischen Volkes nicht im Einklang stehenden Regierungssystems«.² In den Märztagen

kam es innerhalb der Landtagsopposition zu offenen Differenzen zwischen radikaleren Demokraten, vor allem aus Rheinessen, und gemäßigeren Liberalen um Gagern.

Die Gemeinsamkeit der »Märzforderungen« in der Rhein-Main-Region betraf die folgenden Punkte: allgemeine Volksbewaffnung und Aufstellung von Bürgerwehren, Pressefreiheit, Einberufung eines deutschen Parlamentes, Verteidigung des Militärs auf die Verfassung (fehlt in der Frankfurter Adresse), Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren sowie Schwurgerichte, Religionsfreiheit und staatsbürgerliche Gleichheit aller Konfessionen, freie Gemeindeverwaltung, Verfassungsrevision, insbesondere Revision des Wahlrechts. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, beschränkten sich die Petitionen auf politische Forderungen, während die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen unberücksichtigt blieben.

Auch der weitere Verlauf der Märzereignisse in den hessischen Staaten folgte, mit kleineren Abweichungen, einem einheitlichen Schema, wobei Baden als Vorbild diente. Der Ablauf der bürgerlichen Verfassungsbewegung wurde bald gestört durch den gewaltträtigen Protest von Handwerksgelesen und Unterschichten in den Städten sowie durch die Agrar-bewegung auf dem Lande. Die Vorgänge in Frankfurt sind dafür beispielhaft: Am Abend des 3. März wurden hier auf einer Versammlung in der städtischen Reitbahn unter der Leitung der führenden Frankfurter Liberalen die vorformulierten Märzforderungen von mehr als 2.000 Bürgern durch Akklamation gebilligt. Eine Deputation angesehener Bürger überbrachte am Tag darauf den Bürgermeistern die Petition. Begründet wurden die Verfassungsforderungen angesichts der Revolution in Frankreich mit der »Nothwendigkeit des innigsten Zusammenhaltes des gesamten Vaterlandes gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge«. »Begeistert und mit Kraft vertheidigen«, so hieß es darin weiter, »läßt sich aber nur die *Freiheit*.«³ Diese Argumentation war charakteristisch für die Liberalen: Gegen den inneren und äußeren Feind – die »Anarchie« und das revolutionäre Frankreich – waren die Bürger bereit, gemeinsam mit der Obrigkeit den Staat zu verteidigen. Sie verlangten dafür jedoch als Gegenleistung die Gewährung liberaler und nationaler Forderungen. Die »Anarchie« manifestierte sich für die Bürger in den zahlreichen Unterschichtenprotesten, und die Haltung gegenüber Frankreich war durch die Erinnerung an die Zeit der Revolution von 1789 und die nachfolgende französische Invasion stark beeinflusst.

Der Wahrung von »Sicherheit und Ordnung« diente auch die Bildung

oder Mobilisierung von Bürgerwehren, die sich allenthalben in den Städten der Rhein-Main-Region seit dem Eintreffen der Nachrichten aus Frankreich vollzog. In Frankfurt hatte die hier bereits bestehende »Stadtwehr« am 4. März ihren ersten Einsatz. Als der Senat und die gesetzgebende Versammlung gerade über die Forderungen der Reitbahn-Versammlung berieten, sammelte sich eine Volksmenge vor dem Römer und protestierte lautstark. »Ein wilder Haufe« drang ein und gelangte bis ins Beratungszimmer. Erst durch den massiven Einsatz der Stadtwehr und des Linienmilitärs konnten die Eindringlinge hinausbefördert und die Menge zerstreut werden. Die Träger des Protestes durften aus städtischen Unterschichten, Handwerksgesellen und Bewohnern des Umlandes bestanden haben.

Noch am 4. März wurde in Frankfurt ein Gesetz über Pressefreiheit verabschiedet. Es folgten eine allgemeine Amnestie und die Gewährung der übrigen Märzforderungen, mit Ausnahme der Forderung nach »staatsbürgerlicher Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens«, da die damit verbundene politische Emanzipation der jüdischen Bürger im Widerspruch zur Frankfurter Verfassung, der »Constitutions-Ergänzungs-Acte« von 1816, stand. Das Hauptziel der demokratischen Reformkräfte in Frankfurt war daher in der Folgezeit eine Verfassungsrevision, doch erst am 6. November 1848 trat zu diesem Zweck eine eigens gewählte konstituierende Versammlung zusammen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die politische Lage in Deutschland aber bereits grundlegend geändert.

In Frankfurt fehlte, im Gegensatz zu den umliegenden Flächenstaaten, die Schubkraft der ländlichen Revolutionsbewegung. Daher war der Ablauf der Märzereignisse hier verhältnismäßig unspektakulär. Weitaus dramatischer verliefen die ersten Märztage in der benachbarten Residenz Wiesbaden, wo infolge der Einladung des liberalen »Sicherheitscomités« und der raschen Verbreitung von Gerüchten über die Ereignisse am 4. März etwa 30.000 Menschen zusammenströmten, doppelt soviel wie die damalige Einwohnerzahl der Stadt. Die Mehrheit der Versammelten waren Landbewohner, die, mit Proviantensäcken versehen und oft mit Sensen und Äxten bewaffnet, in geschlossenen Kolonnen vor allem aus dem Rheingau, dem Taunus, vom Main und angeblich sogar aus dem Westerwald kamen. Die Situation spitzte sich immer mehr zu, weil der nassauische Herzog außer Landes war und daher die liberalen »Forderungen der Nassauer« nicht genehmigt werden konnten. Schließlich geriet dem Sicherheitscomité die Lage außer Kontrolle: Es erschollen Rufe

nach der »Republik«, nassauische Fahnen wurden zerrissen, und eine bewaffnete Menschenmenge versuchte, das Schloß und das Zeughaus zu stürmen, wurde aber von der neu gebildeten Bürgergarde gewaltsam zurückgedrängt. In dieser Situation traf der Herzog am Bahnhof ein und verkündete umgehend vom Balkon des Stadtschlusses die Billigung aller Forderungen. Augenblicklich schlug die explosive Stimmung in allgemeine Begeisterung um. Noch unter dem Eindruck der Ereignisse berichtete der leitende Minister von Dungen später, er wäre wohl mit den »treuen Bürgern« neben ihm vor dem Schloß massakriert worden, wenn der Herzog nur zehn Minuten später erschienen wäre. Nicht die Bauern, sondern die Bürger sind im März 1848 vor den Thronen stehen geblieben und haben diese verteidigt.

In Hessen-Darmstadt und in Nassau wurde den gemäßigt liberalen Wortführern der Landtagsopposition, Heinrich von Gagern und August Hergenhan, die Leitung der Ministerien übertragen. Mit der Ernennung dieser sogenannten »Märzminister« und der Gewährung der Märzforderungen war für viele Liberale die Revolution beendet. Sie setzten nun auf den Reformweg. Auf dem Land hatten dagegen die Agrarunruhen gerade erst begonnen. Die lokalen Behörden standen den oft gewalttätigen Ausschreitungen meist machtlos gegenüber.

2. Die Revolution auf dem Lande

»Die Hirsche und Rehe [...], welche nachts in den Kornfeldern weideten«, seien es gewesen, die die nassauischen Bauern revolutionär machten, schrieb Riehl 1849.⁴ In der Tat hatte die Unruhe auf dem Lande handfeste Ursachen. Die agrarische Bewegung in der Rhein-Main-Region zielte vor allem auf eine Ermäßigung der Abgaben, insbesondere aber die Abschaffung des Zehnten, der noch immer nicht überall abgelöst war; eine drastische Reduzierung des Wildbestandes, der für herrschaftliche Jagdbedürfnisse hoch gehalten wurde und die bäuerliche Ernte beeinträchtigte; das Recht der Holz- und Streulaubentnahme aus den Wäldern; und die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Im Verlauf der Unruhen jagte die Landbevölkerung nach Beleben und schlug Holz in den Wäldern. Forstbedienstete und Schultheißen waren die Hauptziele des Unmuts, wurden häufig abgesetzt und mißhandelt. In Hessen-Darmstadt kam es darüber hinaus auch zu antijüdischen Ausschreitungen, während in Nassau nur ein Fall bekannt wurde. Schwerpunkte der Agrarunruhen in der Region waren der Taunus, der Oden-

wald und Teile der Wetterau, wobei die standesherrlichen Gebiete wegen ihrer verstärkten Abgabenbelastung in der Regel besonders protestträchtig waren.

Der städtischen Verfassungsbewegung mit ihren liberal-demokratischen und nationalen Forderungen stand die Landbevölkerung zunächst meist ziemlich verständnislos gegenüber. Dem korrespondierte aber auch ein bürgerliches Unverständnis für bäuerliche Verhältnisse, denn die oft moralisierende Betrachtungsweise versperrte vielen bürgerlichen Beobachtern die Einsicht in die sozialen und ökonomischen Hintergründe der »Excesse«. Immerhin versuchten die Märzministerien in Darmstadt und Wiesbaden, durch Reformen den agrarischen Forderungen bis zu einem gewissen Grad entgegenzukommen. Dennoch zogen sich die Agrarunruhen in der Rhein-Main-Region bis in den Spätsommer 1848 hin und flammten in einigen Gebieten im Frühjahr 1849 erneut auf. Sie wurden häufig erst durch massiven Einsatz von Militär und Einquartierungen unterdrückt. Die Märzministerien befanden sich hierbei in dem Dilemma, einerseits für Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen, andererseits jedoch mit ihrem repressiven Vorgehen gegen lokale Unruhen jenen revolutionären Boden in den Gemeinden zu zerstören, dem sie ihre Macht letztlich verdankten.

3. Die Wahlbewegung im Frühjahr 1848

Die Wahlen zur Nationalversammlung und ihre Konstituierung in Frankfurt waren die herausragenden politischen Ereignisse im April/Mai 1848 in der Region. Es gab kein einheitliches Wahlverfahren: Nur in der Stadt Frankfurt wurde direkt gewählt, in Hessen-Darmstadt und Nassau dagegen nach einem indirekten Modus. Obgleich es keinen Zensus gab, waren große Teile der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen, so zum Beispiel Frauen, Auswärtige und Empfänger von Armenunterstützung. In Frankfurt und Nassau wurde das Wahlrecht vom Kriterium der »Selbständigkeit« abhängig gemacht, das sehr verschieden ausgelegt werden konnte, hinzu kamen Unterschiede in der lokalen Praxis. In Wiesbaden waren etwa 13 Prozent der Gesamtbevölkerung stimmberechtigt, in Mainz etwa 20 und in Darmstadt bis zu 15 Prozent. Sehr unterschiedlich fiel auch die Wahlbeteiligung aus, von etwa 40 Prozent in Stadt und Kreis Darmstadt bis zur etwa doppelt so hohen Teilnahme in der Stadt Frankfurt.

Die Wahlen im Frühjahr 1848 verliefen noch weitgehend als Hono-

rationenwahlen. Gewählt wurden meist Persönlichkeiten, nicht politische Programme. Dennoch bestanden bereits Ansätze für organisierte Wahlbewegungen. In den Städten stellten liberal-demokratische Wahlkomitees und Bürgervereine Kandidatenlisten auf. Am 4. April veröffentlichte ein »demokratisches Central-Comité« in Frankfurt ein Wahlprogramm und rief zur Organisation einer demokratischen Wahlbewegung auf. Das Programm wurde von den rheinhessischen Demokraten in einem Wahlmanifest in Mainz am 10. April übernommen, und die Wiesbadener Republikaner versuchten am 4./5. April, wenn auch vergeblich, mit einer eigenen Liste dem örtlichen liberalen Wahlkomitee Konkurrenz zu machen. Mit dem Wahlhirtenbrief des Limburger Bischofs Peter Blum vom 17. März 1848 und der Gründung des »Centralvereins für religiöse Freiheit« in Limburg, der sich das Ziel setzte, »durch Namhaftmachung der das Vertrauen der katholischen Bürger besitzenden Wählbaren den katholischen Urwählern und Wahlmännern die Erfüllung ihrer hochwichtigen Pflicht [zu] erleichtern«, begann auch die organisierte Wahlbewegung des politischen Katholizismus.⁵

Der Wahlausgang zeigte, daß die Rhein-Main-Region eine liberal-demokratische Hochburg war. Die hier Gewählten schlossen sich in der Nationalversammlung jeweils etwa zu gleichen Teilen der gemäßigten Rechten, der gemäßigten Linken, der Linken und der äußersten Linken an. Die gemäßigt linke Fraktion »Westendhall«, der auch der Abgeordnete der Stadt Frankfurt, der Advokat und Notar Friedrich Siegmund Jucho, angehörte, war dabei am stärksten vertreten. Die Abgeordneten der äußersten Linken kamen aus Rheinhessen und Hanau.

Begünstigt durch die Wahlen, fand eine breite Politisierung der Bevölkerung statt. Es erwachte eine förmliche Gier nach neuesten Nachrichten, die einen günstigen Nährboden für Gerüchte bot. Die Pressefreiheit eröffnete der politischen Berichterstattung und Meinungsäußerung neue Möglichkeiten, so daß allenthalben neue Zeitungen gegründet wurden. In Nassau, wo es zuvor außer Amts- und Wochenblättern keine Zeitungen gab, entstanden 1848 acht politische Zeitungen, von denen allerdings sechs bis zum folgenden Frühjahr wieder eingestellt wurden. Diese Kurzelebigkeit war charakteristisch für die Presse der Revolutionsjahre. Sie war ein Ergebnis der harten Konkurrenz, aber auch von politischen Konflikten. In Hessen-Darmstadt wurden in der Revolutionszeit 38 politische Zeitungen entweder gegründet oder aus bestehenden Blättern entwickelt, und in Frankfurt dürfte es wenigstens ein Dutzend Neugründungen gegeben haben.

Ausdruck der gesteigerten Anteilnahme der Bevölkerung an politischen Fragen und der erwachten politischen Hoffnungen waren die zahlreichen Petitionen, die auch aus der Rhein-Main-Region zunächst an das Vorparlament und an den Fünfzigerausschuß, später an die Nationalversammlung gerichtet wurden. Neben politischen Forderungen beinhalteten sie auch wirtschaftliche und soziale Fragen. Zunehmend bemühten sich auch Interessenvertretungen und politische Gruppierungen dieses Mittels und lösten mit Hilfe von vervielfältigten Vordrucken Massenpetitionen aus. Besonders frühzeitig war hierbei der politische Katholizismus aktiv: In Nassau machten die katholischen Massenpetitionen fast ein Viertel aller Petitionen an die Nationalversammlung aus.

4. Die Wende: Von der Eröffnung der Nationalversammlung bis zum Septemberaufstand

Die Wahlen fanden in einer Atmosphäre der allgemeinen Aufregung statt. Konflikte zwischen den politischen Gruppierungen wurden nicht selten gewaltsam ausgetragen. In Frankfurt kam es bereits am 31. März zu einer kleineren Straßenschlacht zwischen konstitutionellen und Republikanern. Mißliebigen Persönlichkeiten, besonders jenen, die mit dem alten Regime verbunden gewesen waren, wurden sogenannte »Katzenmusikern« dargebracht. Die badische Aprilrevolution unter der Führung Heckers und Struves, an deren Niederschlagung besonders hessische und nassauische Truppen beteiligt waren, tat ein übriges, um die Unruhe nicht abklingen zu lassen. Gerüchte über eine Invasion aus Frankreich und republikanische Verschwörungen verbreiteten sich. In Wiesbaden kam es im April 1848 wiederholt zu Fehlalarmen, bei denen die gesamte Bürgerwehr bewaffnet antreten mußte, darunter zweimal mitten in der Nacht. In dieser aufgeregten und konfliktgeladenen Stimmung ereigneten sich im Laufe der Monate Mai bis September 1848 in den Städten des Rhein-Main-Gebietes eine Reihe schwerer bewaffneter Konflikte, die zu einer Wende des Revolutionsverlaufs führten.

Die erste dieser Auseinandersetzungen fand in Mainz statt, wo sich die latenten Spannungen zwischen der städtischen Bürgerwehr und der preußischen Garnison der Bundesfestung aus geringfügigem Anlaß heraus wiederholt in Wirtshausschlägereien zwischen Mainzer Bürgern und preußischen Soldaten entluden. Aufgrund gravierender Fehler sowohl auf seiten des preußischen Festungsgouvernements als auch der Bürgerwehrrführung steigerten sich die Konflikte am 21. Mai 1848 zu regel-

rechten bewaffneten Kämpfen mit acht Toten und zahlreichen Verwundeten. Das Festungsgouvernement rief daraufhin den Belagerungsstand aus und setzte, unter Androhung einer Bombardierung der Stadt, die Ablieferung sämtlicher Waffen der Mainzer Bürgerschaft durch. Damit hatte das preußische Militär seine Macht unter Beweis gestellt und zugleich eine wichtige »Märzerrungenschaft« wiederaufgehoben. Zudem kam Mainz als Festungsstadt und aufgrund seiner Lage im Rhein-Main-Gebiet eine strategische Bedeutung zu. Die Mainzer Vorgänge im Mai 1848 markierten daher einen Wendepunkt in der Revolutionsgeschichte der Region. Der strategische Vorteil, den die revolutionäre Bewegung im März 1848 errungen hatte – die »Freiheit des Moments«⁶ hatte Ludwig Bamberg dies genannt –, war verloren.

Disziplinprobleme in der Armee waren Ausgangspunkt für die Offenbacher »Mordnacht« am 11. Juni 1848, als meuternde hessische Soldaten versuchten, inhaftierte Kameraden zu befreien, und dabei angeblich durch Offenbacher Bürger unterstützt wurden. Beim Versuch, die Disziplin wiederherzustellen, schoß eine aus einer anderen Kaserne herbeigerufene Truppe in eine Menge Schaulustiger und Passanten. Es blieb letztlich offen, ob Absicht oder ein Versagen der militärischen Führung die Ursache für dieses Blutvergießen war.

Schlechtes Krisenmanagement und ein problematisches Verhältnis zwischen Militär und Bürgerschaft bildeten auch den Hintergrund für den Sachsenhausener »Aufstand« vom 6./7. Juli 1848. Der Anlaß war nichtig: In Sachsenhausen brachen wegen zu kleiner Brötchen und schlechten Brotes Krawalle aus, die schließlich zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen Linienmilitär und Sachsenhausener Bürgern eskalierten. Hier führte der Konflikt jedoch zu einem Fiasko für das Frankfurter Linienmilitär, das unter blamablen Umständen das Feld räumen mußte, während eine Bürgerwehrrückbildung zu den Aufständischen überließ. Dem Senat gelang es schließlich auf friedlichem Wege, die Auseinandersetzung beizulegen und die Sachsenhausener zur Räumung ihrer eilends errichteten Barrikaden zu bewegen.

Vom Septemberaufstand in Frankfurt abgesehen, waren die – unblutig verlaufenden – Juliuunruhen in Wiesbaden der einzige der hier aufgeführten Zusammenstöße, bei dem von Anfang an deutlich politische Motive mitspielten. Ausgangspunkt war eine Versammlung des Arbeitervereins am 16. Juli 1848, der drei Delegierte zum örtlichen Militärkommandanten schickte, um sich für die Freilassung disziplinarisch bestraffter Soldaten einzusetzen. Die Militärführung sah in den Kontakten zwischen Sol-

daten und Arbeiterverein eine Gefährdung der Disziplin und reagierte daher schroff ablehnend. Eine darauf folgende, unbedachte Erwidderung eines Delegierten wurde als Drohung aufgefaßt und führte zur Alarmierung der zivilen Behörden und der Bürgerwehr. Als der Bürgerwehrkommandant die Delegation verhaften wollte, wurde dies von Teilen der Bürgerwehr mit Waffengewalt verhindert. Vergebens versuchten die Behörden, die widersezlichen Kompanien zu entwaffnen. Zwar stellten sich zwei der drei Delegierten des Arbeitervereins am 17. Juli freiwillig den Behörden, sie wurden aber noch am selben Tag von Anhängern aus dem Gefängnis befreit. Das nassauische Ministerium hielt die Lage für so ernst, daß es österreichische und preußische Truppen aus der Bundesfestung Mainz requirierte, die am Morgen des 18. Juli, ohne auf Widerstand zu treffen, Wiesbaden besetzten. Es folgten eine Verhaftungswelle, eine umfassende Reorganisation der Bürgerwehr und Maßnahmen gegen demokratische Beamte.

Zweifel hinsichtlich der Loyalität des eigenen Militärs und Angst vor einer Verbrüderung von Soldaten und Republikanern bestimmten wiederholt das Handeln der militärischen und politischen Führung in der Rhein-Main-Region. Für das konstitutionelle Bürgertum in den Städten bildeten die Vorgänge im Frühjahr und Sommer 1848 den Beweis für die unterstellte Gefährlichkeit der Republikaner und schürten die Angst vor der »roten Revolution«. Ein energisches Vorgehen der Behörden gegen republikanische und demokratische Organisationen schien daher aus seiner Sicht [des Bürgertums] geboten zu sein. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß auch in Wiesbaden planmäßige Schritte der republikanischen Kräfte oder gar eine Verschwörung nicht erkennbar waren.

Der heftigste Konflikt ereignete sich, etwas verspätet, im September 1848 in Frankfurt. Nach den vorangegangenen Ereignissen in Mainz und Wiesbaden waren die Ausgangsbedingungen für einen Aufstand hier denkbar ungünstig: Die staatlichen Gewalten hatten sich wieder konsolidieren können, und in der Umgebung Frankfurts standen Truppen in Bereitschaft. Nicht revolutionäres Kalkül, sondern die zunehmende Radikalisierung und die unvermindert aufgeregte Stimmung in Teilen der Bevölkerung stellten die Ursachen für den Ausbruch von Unruhen in der »Septemberkrise« dar.

Die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö durch die Nationalversammlung am 16. September 1848 bildete den Anlaß für den Aufstand. In großen Teilen der Öffentlichkeit wurde darin ein Verrat Preußens an Schleswig-Holstein, häufig sogar eine konterrevolutionäre

Verschwörung gegen die demokratische Volksbewegung in Deutschland gesehen. Noch am selben Tag ereigneten sich in Frankfurt erste spontane Ausschreitungen, die sich vor allem gegen rechte Paulskirchenabgeordnete richteten. Am 17. September wurde von den demokratischen Vereinen Frankfurts eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide veranstaltet, zu der mehr als 10.000 Menschen kamen. Anders als von der Versammlungsleitung beabsichtigt, setzten sich hier jedoch radikale Positionen durch. Wortführer der Radikalen übernahmen das Präsidium, während die gemäßigten Demokraten die Versammlung verließen. In den Proklamationen der Volksversammlung wurden die Mitglieder der Nationalversammlung, die für die Annahme des Waffenstillstandes votiert hatten, als Verräter bezeichnet und die Abgeordneten der linken Minderheit aufgefordert, aus dem Parlament auszutreten und sich als wahre Vertretung der Nation zu konstituieren. Diese lehnten die Aufforderung jedoch mit deutlicher Mehrheit ab. Ein Teil der Radikalen, die daraufhin im Lokal des Arbeitervereins bis in die Nacht tagten, beschloß für den Vormittag des 18. September eine bewaffnete Volksversammlung auf dem Roßmarkt in Frankfurt.

Parallel zu diesen Ereignissen requirierte der Reichsinnenminister auf Ersuchen des Frankfurter Senats am 17. September Bundestruppen aus Mainz, da sich die Frankfurter Bürgerwehr bereits bei den Ausschreitungen am Tag zuvor als unzuverlässig erwiesen hatte. Das Eintreffen des Militärs in den frühen Morgenstunden des 18. September steigerte aber die aufgeregte Stimmung noch. Als bei einem Volksauflauf vor der Paulskirche preußische Soldaten den Platz räumten und dabei einige Zivilisten verletzten, kam es zur spontanen Errichtung von Barrikaden. Beim Versuch der Bundestruppen, die Barrikaden zu räumen, brachen bewaffnete Gefechte aus. Die Aufständischen, unter ihnen auch Angehörige der Bürgerwehr, setzten sich vor allem aus Tagelöhnern, nicht-zünftigen Handwerkern und Handwerksgelesen zusammen. Mindestens 47 Personen, darunter 33 Zivilisten, fanden im Verlauf der Kämpfe den Tod. Zwei preußische Abgeordnete der Nationalversammlung, Fürst von Lichnowsky und General von Auerswald, wurden von Aufständischen ermordet. Der spontane Aufstand konnte noch am selben Tag niedergeschlagen werden, weil ihm jede Planung fehlte und keine Unterstützung für die Aufständischen kam. Die militärischen Zufahrtswege wurden nicht blockiert, so daß ein Hilfskontingent hessischer Artillerie ungehindert heranfahren und in Stellung gehen konnte. Eine Übermacht von etwa 6.000 Soldaten wurde zur Unterdrückung des Aufstandes eingesetzt. Von den

prominenten Republikanern nahm nur Germain Metternich aus Mainz aktiv teil, während die Hanauer, aber auch die meisten Mainzer Republikaner auf Distanz gingen. Der damalige Vorsitzende des Demokratischen Vereins in Mainz, Ludwig Bamberger, verurteilte den Septemberaufstand unmittelbar danach als »Resultat blinder Leidenschaft«.⁷

Für die demokratische Bewegung hatte der Septemberaufstand schwerwiegende Folgen. Er bildete den Kulminations- und Endpunkt in einer Reihe städtischer Konflikte, die zu einer Vorentscheidung für den Sieg der Gegenrevolution in der Rhein-Main-Region führten. Von nun an konnte es für die Demokraten hier nur noch um die Bewahrung der Märzerrungenschaften gehen. Die Provisorische Zentralgewalt nahm den Septemberaufstand zum Anlaß für eine systematische Überwachung des politischen Vereinswesens und eine Bündelung von Kompetenzen der politischen Polizei. In Frankfurt selbst wurde der Belagerungszustand erklärt und ein Verbot politischer Vereine und Versammlungen verhängt. Zwar wurde das Vereinsverbot später unter strengen Auflagen wieder aufgehoben, das Verbot der Versammlung unter freiem Himmel blieb jedoch für einen Umkreis von 40 Kilometern um Frankfurt bestehen. Fast 4.000 Personen wurden bei den Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Aufstand verhöört, und mehr als 600 Beschuldigte standen vor Gericht. Doch auch die liberal-konstitutionellen Politiker in der Nationalversammlung und den Märzministerien waren keine Gewinner. In den Konflikten hatten sich die Bürgerwehren als unzuverlässig erwiesen. Die Abhängigkeit der Nationalversammlung und der Zentralgewalt von den Militärkontingenten der Einzelstaaten war unübersehbar geworden. Nun setzte, mit der sukzessiven Einschränkung politischer Rechte und einer allmählichen Zunahme von Repressionen gegen oppositionelle Kräfte, in der Rhein-Main-Region die gegenrevolutionäre Wende ein. Die Frankfurter Septemberkrise bildete einen Teil der europäischen Revolutionswende vom Sommer/Herbst 1848, in der sich die staatliche Macht konsolidierte und die Handlungsspielräume der revolutionären Kräfte eingeengt wurden.

5. Politische Vereine und »Parteien«

Kulminationspunkte des politischen Lebens vor Ort waren in der Revolutionszeit die politischen Vereine. Sie entstanden bereits unmittelbar nach Ausbruch der Revolution aus Versammlungen, Wahlkomitees, informellen Zirkeln oder bereits bestehenden Vereinen. Die politischen Vereine

veranstalteten Volksversammlungen, verfaßten Petitionen, leisteten politische Bildungsarbeit, stellten Kandidaten für die Wahlen zu Volksvertretungen und kommunalen Körperschaften auf, organisierten den Wahlkampf und betrieben Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Ausdifferenzierung politischer Richtungen erforderten Wahlsiege bei Neu- oder Nachwahlen in der Rhein-Main-Region zunehmend auch die Unterstützung durch politische Vereine und regionale Presse. Auf diese Weise wurden die Bindungen zwischen den Vereinen vor Ort und den Abgeordneten in den Landtagen und der Nationalversammlung, die sich ihrerseits in Fraktionen zusammenschlossen, verstärkt. Nach politischen Richtungen getrennt, formierten sich die Vereine zu Bezirks- und Landesverbänden, die unter der Leitung eines Vereinsvorortes oder eines bestimmten Gremiums standen. Gemeinsam organisierten sie den Wahlkampf für ihre Kandidaten.

Durch die institutionelle Verfestigung der Verbindungen zwischen Fraktionen und Vereinen bildeten sich Frühformen politischer Parteien heraus: die Arbeiterbewegung – die sich im wesentlichen außerhalb der Parlamente formierte –, die Demokraten, die konstitutionellen Liberalen und der politische Katholizismus. Der Konservatismus konnte in der Rhein-Main-Region keine eigenständige Vereinsorganisation entwickeln. Das politische Vereinswesen breitete sich rasch aus, wobei vier Gründungswellen mit steigender Tendenz im Mai/Juni 1848, August/September 1848, Januar 1849 und April/Mai 1849 erkennbar waren. Bis zum Sommer 1849 gab es in Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt rund 500 politische Vereine.

Den Löwenanteil stellten die im linksliberalen bis radikalen Spektrum angesiedelten demokratischen Vereine, die im Sommer 1849 mit mehr als 350 Vereinen in den genannten Staaten etwa 35.000 bis 40.000 Mitglieder besessen haben dürften. Bei allen Einschränkungen, die hinsichtlich der häufig lockeren und kurzfristigen Mitgliedschaften im damaligen Vereinswesen zu machen sind, stellt dies ein eindrucksvolles Zeugnis für die Breitenwirkung der Revolution dar. Die Mehrheit der demokratischen Vereine fand sich in Ortschaften mit weniger als 1.000 Einwohnern; es war den Demokraten gelungen, in erstaunlichem Umfang Anhänger unter der Landbevölkerung zu gewinnen.

Bereits im Juni 1848 fand in Frankfurt unter Leitung von Julius Fröbel der erste Demokratenkongreß statt, der die republikanische Staatsform zum Ziel erklärte und den Zusammenschluß des demokratischen Vereinswesens auf nationaler Ebene unter Leitung eines Berliner »Central-Aus-

schusses« beschloß. In der Folge bildeten sich in Rheinhessen (13. August 1848), Oberhessen (2./3. September 1848) und Starkenburg (10. Februar 1849) demokratische Bezirksverbände. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß die demokratische Republik vielen Demokraten in der Rhein-Main-Region, die nur ein parlamentarisches Regierungssystem und die Volks-souveränität anstreben, zu radikal war. Lediglich in Rheinhessen gelang es dem Bezirksvorort Mainz, die ganze Provinz mit einem dichten Netz von 120 Vereinen zu überziehen und diese vollständig zu organisieren. In den beiden anderen hessen-darmstädtischen Provinzen, in Nassau und in Frankfurt schlossen sich dagegen die meisten demokratischen Vereine dem Central-Ausschuß nicht an. Am 23. November 1848 wurde von Abgeordneten der linken Fraktionen der Nationalversammlung in Frankfurt der »Centralmärzverein« gegründet, der die Durchsetzung der Volks-souveränität und die Verteidigung der Märzrevolution anstrebte. Diese gemäßigt demokratische Gründung hatte rasch Zulauf und entwickelte sich zur größten Vereinsorganisation der Revolutionszeit. Innerhalb der Rhein-Main-Region traten ihr unter anderem die meisten Frankfurter demokratischen Vereine, der oberhessische Bezirksverband und der am 12. November gegründete nassauische demokratische Landesverband bei.

In der territorialen Gemengelage des Rhein-Main-Gebiets überschnitten die Vereinsverbände häufig die Landesgrenzen. Vor allem die Demokraten in der Region knüpften enge Verbindungen, und viele strebten sogar einen – nicht verwirklichten – hessisch-nassauisch-hanauischen Vereinsverband an. Die demokratischen Vereine besaßen ein ungewöhnlich breites soziales Spektrum. Oft wurde auch Frauen die Teilnahme als Zuhörerinnen erlaubt. Daneben entstand eine Vielzahl mit den Vereinen verbundener demokratisch orientierter Organisationen, wie Lesevereine, Unterstützungskassen, Turnvereine und Frauenvereine. Der bedeutendste demokratische Vereinsstandort in der Region war Mainz, wo zeitweise fast 3.000 Männer und mehr als 1.600 Frauen Mitglieder demokratischer Organisationen waren.

Zeitgenössische Beobachter empfanden besonders öffentliche Stellungnahmen von Frauen als neu und irritierend: Man höre da »nicht selten Redensarten, die einem Robespierre keine Schande machen würden«, hieß es in einer Wiesbadener Zeitung.⁸ Immerhin zehn Frauenvereine mit demokratischer Tendenz sind in der Region nachweisbar, darunter sogar ein Lesekränzchen von Bauerfrauen. In Frankfurt gab es auch einen Frauenturnverein. Viele Frauen verfolgten aufmerksam die Ver-

handlungen der Nationalversammlung, und auch konservativere Frauen interessierten sich für Politik. Die Frankfurterin Clothilde Koch-Gontard, die Heinrich von Gagern nahestand, beklagte sich im Juni 1848 darüber, daß Frauen in der Politik nur eine passive Rolle zugestanden wurde: »Ich habe es in den letzten Zeiten recht schmerzlich empfunden, nur eine Frau sein zu müssen, die das Zusehen hat, und doch mit Gefühl und Tatkraft im Leben begabt ist.«⁹

Die Arbeitervereine und Arbeiterbildungsvereine waren in der Rhein-Main-Region 1848/49 sehr eng mit der demokratischen Bewegung verbunden. Doppelmittelständischen, gegenseitige Unterstützung, Zusammenarbeit in Verbänden und gemeinsame Ausschüsse waren die Regel. Die politischen Ziele der Arbeitervereine unterschieden sich nicht grundsätzlich von denen der Demokraten. Mit zwölf Vereinen, überwiegend in den gewerblichen Zentren, bildete die politische Arbeiterbewegung die schwächste Kraft. Sie entwickelte sich jedoch vor dem Hintergrund eines Geflechts von Gesellenvereinen, Gewerken und Berufsverbänden. Zu nennen sind vor allem die Organisationen der Zigarrenarbeiter, Lederarbeiter, Dienstmädchen und die der Buchdrucker, die im Juni 1848 die erste deutsche Buchdruckerversammlung in Mainz veranstalteten. Im Gegensatz zu diesen berufsständischen und frühen gewerkschaftlichen Organisationen verfolgten die Arbeitervereine offensiv und berufsübergreifend sozialpolitische und allgemein politische Ziele. Ihre Mitgliedschaft war stark handwerklich geprägt, insbesondere Schneider- und Schuhmachergesellen stellten einen hohen Anteil.

Die Bemühungen um einen regionalen Zusammenschluß, die vor allem von den großen Arbeitervereinen in Frankfurt, Hanau und Mainz ausgingen, wurden einerseits durch interne Differenzen, andererseits aber durch die Gegnerschaft von Teilen des Bürgertums erschwert, die in den Arbeitervereinen eine Bedrohung sahen: Bereits am 24. Mai 1848 wurden die Vorsitzenden des Frankfurter Arbeitervereins auf Wunsch zahlreicher Bürger polizeilich ausgewiesen. Im August/September 1848 fand der »Allgemeine deutsche Arbeiter-Congreß« in Frankfurt statt, stark beeinflusst durch Karl Winkelblech's »Föderal-System«, das die Interessengleichheit zwischen Meistern und Gesellen postulierte. Am 14. Januar 1849 wurde schließlich in Hanau ein Bezirksverband der »föderalistischen« Arbeitervereine gegründet. Kaum zwei Wochen später setzte sich jedoch Stephan Born auf einem Arbeiterkongreß in Heidelberg gegen Winkelblech durch, und die meisten Arbeitervereine der Region schlossen sich der »Arbeiterverbrüderung« an.

Während zwischen der Arbeiterbewegung und den Demokraten enge Verbindungen bestanden, verliefen bei den konstitutionellen Liberalen die Übergänge ins konservative Lager fließend. Den konstitutionellen Vereinen, die sich beispielsweise in Nassau »Freiheit, Gesetz und Ordnung« auf die Fahnen schrieben, traten auch viele Konservative bei. Der Umfang des konstitutionellen Vereinswesens lag mit mehr als 40 Vereinen im Frühsommer 1849 deutlich unter dem der demokratischen Konkurrenz. Der konstitutionelle Liberalismus hatte seine Anhänger vor allem in evangelischen städtisch-bürgerlichen Milieus. Es gab nur wenig konstitutionelle Vereine in Dörfern, und in den katholischen Gegenden war neben dem katholischen Vereinswesen oft kein Platz mehr. Dafür besaßen die Konstitutionellen in den Residenzen und Handelszentren Vereine mit erheblicher Mitgliederstärke, so etwa der »Patriotische Verein« in Frankfurt mit 2.500 und der »Konstitutionell-monarchische Verein« in Darmstadt mit zeitweise 2.300 Mitgliedern.

Schon früh bildeten sich engere Zusammenschlüsse der konstitutionellen Vereine auf Landesebene. Seit Juni 1848 bestand eine Zusammenarbeit der nassauischen Konstitutionellen, und im September schlossen sich die Vereine in Hessen-Darmstadt zu einem Verband zusammen. Im November 1848 vereinigten sich die nassauischen und hessen-darmstädtischen Konstitutionellen zu den »verbundenen deutschen Vereinen am Mittelrhein«, die auch zu den Vereinen in Baden enge Beziehungen unterhielten. Auf nationaler Ebene wurde unter Leitung des Bürgervereins in Kassel im selben Monat der »Nationale Verein« gegründet, dem auch die deutschen Vereine am Mittelrhein beitraten. Die konstitutionellen Vereinsverbände besaßen eine vergleichsweise lockere Struktur und einen niedrigen Organisationsgrad. Sie verfügten außerdem über keine institutionalisierten Verbindungen zu parlamentarischen Fraktionen. Solche Beziehungen waren hier, sofern überhaupt vorhanden, persönlicher Natur und beruhten auf dem Verhältnis zwischen einzelnen Vereinen und Abgeordneten. Auch bestanden bei vielen Konstitutionellen Vorbehalte gegenüber außerparlamentarischen politischen Organisationen. Die Frankfurter Konstitutionellen schlossen sich wohl nicht zuletzt aus solchen Gründen keinem der genannten Verbände an. Politisch unterstützten die konstitutionellen Vereine die Märzministerien und traten für einen preußischen Erbkaiser an der Spitze eines deutschen National- und Verfassungsstaates ein.

Die katholischen Vereine, meist »Piusvereine« genannt, entwickelten sich 1849/50 zur zweitstärksten Kraft im politischen Vereinswesen der

Rhein-Main-Region. Im Gegensatz zu allen anderen politischen Richtungen der Revolutionszeit konzentrierte sich der politische Katholizismus im wesentlichen auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach waren die Piusvereine keine politischen Vereine, und viele Vereinsstatuten schlossen daher »solche Gegenstände der Politik, welche das Interesse der religiösen Freiheit nicht berühren«, von den Verhandlungen aus.¹⁰ Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Vereine ein vergleichsweise weites allgemeinpolitisches Spektrum besaßen. Dennoch verfolgten sie klar abgrenzbare politische Ziele. So ist der Begriff der religiösen Freiheit hier nicht im aufklärerischen, sondern im romantischen Sinne als Unabhängigkeit der Kirche vom Staat zu verstehen. Der Kurs der Piusvereine in der Region war durch einen streng-kirchlichen Traditionalismus gekennzeichnet, und besonders die Vereine des Bistums Limburg besaßen eine ausgesprochen konservative Ausrichtung. Initiiert und unterstützt wurden die Piusvereine meist durch »ultramontan-orthodoxe Kreise des katholischen Klerus. Mit Hilfe der Gemeindepfarrer gelang es den Piusvereinen, unter der katholischen Landbevölkerung eine breite Anhängerschaft zu gewinnen, vor allem in entlegeneren Orten mit traditionellen agrarisch geprägten Milieus. Die Mitgliedschaft der Piusvereine umfaßte ein breites soziales Spektrum, und der politische Katholizismus war der Hauptkonkurrent der Demokraten um klein- und unterbürgerliche Schichten. Auch Frauen eröffnete das katholische Vereinswesen ein Betätigungsfeld, das allerdings auf karitative Aufgaben und eine Zuhörerinnenrolle beschränkt blieb.

Wie andere politische Vereine beteiligten sich auch die Piusvereine in der Revolutionszeit an Wahlkämpfen und politischen Auseinandersetzungen, wobei sie in der Rhein-Main-Region zunächst vielfach mit den Konstitutionellen zusammenarbeiteten, dann aber zunehmend auf Distanz zu ihnen gingen. Gemeinsam war ihnen zwar die prinzipielle Unterstützung der konstitutionell-monarchischen Staatsform, jedoch bestanden vor allem in der Schulfrage Differenzen, und den kleindeutsch-preußischen Erbkaiser akzeptierten die Piusvereine ganz überwiegend nicht. Auf Initiative des Mainzer Piusvereins fand im Oktober 1848 in Mainz der erste Katholikentag als Versammlung der katholischen Vereine statt, die sich hier zum »Katholischen Verein Deutschlands« zusammenschlossen. Die Teilnahme von Mitgliedern der Nationalversammlung am Katholikentag demonstrierte die engen Verbindungen zwischen dem katholischen Vereinswesen und Abgeordneten, die sich in der Nationalversammlung zum »Katholischen Klub«, einer interfraktionellen Vereinigung,

zusammengeschlossen hatten. Das locker organisierte katholische Vereinswesen besaß keine sehr ausgeprägte Binnenstruktur, sieht man von der Vorortfunktion wichtiger Vereine in der Region wie Mainz und Camberg ab. So kam es erst im Februar 1849 zu einem engeren Zusammenschluß der nassauischen Piusvereine.

Die Parteiorganisationen, die sich in der Region herausbildeten, hatten zwar den Charakter von Gesinnungsgemeinschaften, doch waren die Übergänge zwischen ihnen durchaus fließend. Sie entstanden auf der Basis dichter Beziehungsgeflechte im kommunalen und regionalen Umfeld. Auch wenn die meisten Vereinsgründungen kurzlebig waren und das politische Vereinswesen insgesamt spätestens in der Reaktionsära sein Ende fand, überdauerten die Milieus. Die Neuentstehung von Parteien Anfang der 1860er Jahre wies nicht nur programmatische und personelle Kontinuitäten zur Revolutionszeit auf, sie konnte in der Rhein-Main-Region auch auf diese Milieus und auf Organisationserfahrungen aufbauen.

6. Die Reichsverfassungskampagne

Mit Ausnahme Hessen-Homburgs hatten alle Regierungen in der Rhein-Main-Region die am 28. März 1849 beschlossene Reichsverfassung der Nationalversammlung anerkannt. Angesichts der Haltung der größeren deutschen Staaten und der allmählichen Auflösung der Nationalversammlung schwenkten jedoch die Regierungen in dieser Region allmählich auf den gegenrevolutionären Kurs ein. Der Aufforderung der Nationalversammlung vom 4. Mai 1849 an »die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesamte deutsche Volk«, die Reichsverfassung »zur Anerkennung und Geltung zu bringen«¹¹, folgten auch sie letztlich nicht. Durch die Ereignisse in der benachbarten Rheinpfalz und in Baden kam der weiteren Entwicklung in der Rhein-Main-Region besondere Bedeutung zu. Die Haltung im liberaldemokratischen Spektrum war hier, trotz der prinzipiellen Unterstützung der Reichsverfassung, gespalten: Die republikanische Mairevolution im verfassungstreuen Baden führte dazu, daß die Konstitutionellen in der Region aus der Verfassungsbewegung ausschieden. Sie setzten ihre Hoffnungen nun auf den Vereinbarungskurs der Gothaer Versammlung. Die Demokraten strebten dagegen die bewaffnete Durchsetzung der Reichsverfassung und die Unterstützung der Aufstände in der Pfalz und in Baden an. Der Versuch eines Zusammenschlusses der Bürgerwehren im

Rhein-Main-Gebiet zur Verteidigung der Reichsverfassung, der von Offenbach ausging, scheiterte nicht zuletzt aufgrund der Differenzen zwischen Konstitutionellen und Demokraten. Aber auch unter den Demokraten der Region herrschte keine Einigkeit über die politischen Ziele, da die Radikalen unter ihnen längst die »sociale Republik« anstrebten. So erklärte der Darmstädter Republikaner Karl Ohly auf einer Volksversammlung im pfälzischen Neustadt, »die Reichsverfassung genüge nicht. Aber man solle dieselbe zur Barrikade nehmen.«¹²

In den Landtagen in Darmstadt und Wiesbaden beantragten demokratische Abgeordnete die Verhinderung des Durchzugs von Truppen verfassungfeindlicher Staaten, in Darmstadt sogar die förmliche Anerkennung der Volksbewegungen in Sachsen und in der Pfalz. An vielen Orten in der Rhein-Main-Region wurden im Mai 1849 Volksversammlungen mit oft mehreren tausend Teilnehmern veranstaltet, die Volksbewaffnung und Durchsetzung der Reichsverfassung verlangten. Auf zeitgleich am 10. Juni 1849 in Offenbach und Idstein stattfindenden »Landesversammlungen« sprachen die nassauischen und hessen-darmstädtischen Demokraten ihren leitenden Ministern das Mißtrauen aus und forderten die Unterstützung der Verfassungsbewegungen.

Die Zeit der Resolutionen, Forderungen und Deputationen war jedoch längst vorbei. Bereits am 24. Mai 1849 kam es bei einer Volksversammlung von 4.000 bis 8.000 Odenwäldern bei Oberlaudenbach zu Zusammenstößen mit hessischem Militär. Dieses konnte die schlechtbewaffnete, unorganisierte Menge nach einem kurzen Kampf in die Flucht schlagen, wobei zahlreiche Personen verwundet oder getötet wurden. Am 30. Mai wurde die auf hessisches Gebiet vordringende badische Revolutionsarmee bei Heppenheim zurückgeschlagen. Aus vielen Orten in der Rhein-Main-Region zogen Bewaffnete in die Pfalz und nach Baden, um die Revolutionäre zu unterstützen. Doch trotz zahlreicher Bemühungen in der gesamten Region kam es nur in Hanau und in Rheinhessen zu organisierten Hilfszügen. In Hanau marschierte die Hanauer Turnerwehr, verstärkt durch Mitglieder des Arbeitervereins und Kontingente anderer kurhessischer Gemeinden, nach Baden ab. In Rheinhessen organisierte das demokratische Provinzialkomitee den Abzug bewaffneter Verbände in die Pfalz. Von etwa 3.000 rheinhessischen Freiwilligen konnte hier jedoch nur wenig mehr als ein Drittel an dem Kontingent teilnehmen, da den meisten die Waffen, oft aber auch hinlängliche Kleidung und Schuhwerk fehlten. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die aktive Unterstützung der Revolution in dieser Region besonders aus den ärmeren Schichten kam.

Insgesamt dürften im Mai/Juni 1849 knapp 2.000 Bewaffnete aus der Rhein-Main-Region in die Pfalz oder nach Baden gezogen sein, von denen jedoch viele noch vor einer Beteiligung an Kampfhandlungen wieder zurückgekehrt sind. Wie groß die Sympathien in der Bevölkerung für die revolutionären Bewegungen im Mai/Juni 1849 waren, ist schwer zu beurteilen. Von staatlicher Seite wurde die Lage als kritisch beurteilt: Es sei »nicht zu bezweifeln, daß, wenn die Aufständischen von Baden bis nach Frankfurt gedrungen wären, sich aus Oberhessen, Kurhessen und Nassau eine ungeheure Masse für die demokratische Republik erhoben haben würde«, urteilte ein hessischer Polizeibeamter rückblickend.¹³ Hier ist jedoch Skepsis angebracht, denn die Hoffnungen auf einen Sieg der Revolution waren gerade in der Rhein-Main-Region nach der Revolutionswende im Sommer 1848 stark geschwunden. Die Unterstützung der Bevölkerung blieb jedenfalls weit hinter den Erwartungen der demokratischen Führung zurück. Am heftigsten waren die lokalen Aktionen gegen die durchziehende preußische Invasionsarmee noch in Rhein Hessen, wo sich Bürgerwehren bei Bechtheim einen kurzen Schußwechsel mit den Preußen lieferten und am 12. Juni bei Niederingelheim ein erfolgloses Attentat auf den Wagen des Prinzen Wilhelm von Preußen, des späteren deutschen Kaisers, verübt wurde. Doch selbst in dem ansonsten ruhigen und mit Truppen besetzten Frankfurt kam es am 18. Juni auf das Gerücht hin, die badische Revolutionsarmee rücke gegen die Stadt vor, zu einem kleinen Aufruhr, der aber rasch unterdrückt wurde. Im Gegensatz zu der Entwicklung in Baden und in der Pfalz blieb das in der Rhein-Main-Region stationierte Militär seiner Führung gegenüber im großen und ganzen loyal und zuverlässig. Dies galt im wesentlichen auch für die Truppen der Einzelstaaten, von wiederholten Disziplinproblemen einmal abgesehen. Letzten Endes gab dies den Ausschlag dafür, daß sich die Revolutionsbewegung nicht auf diese Region ausbreiten konnte.

Mit der Niederlage in der Reichsverfassungskampagne war die Revolution auch in der Rhein-Main-Region zu Ende. In Frankfurt scheiterte der Versuch einer Reform der »Constitutions-Ergänzungs-Acte« nicht zuletzt am Widerstand gemäßigter liberaler und konservativer Kreise des Bürgertums, die sich im »Politischen Verein« formierten. Zwar hatte die konstituierende Versammlung am 3. Dezember 1849 den Entwurf der linksliberal-demokratischen Majorität verabschiedet, doch der Senat nahm die Fassung nicht an.

Auch in Hessen-Darmstadt fanden gegenrevolutionäre Maßnahmen die Zustimmung breiter bürgerlicher Schichten; dies wurde nicht zuletzt

beim festlichen Empfang für die im September 1849 aus Baden zurückkehrenden hessischen Truppen deutlich. Wie in Kurhessen, wo Hassenspflug erneut berufen wurde, vollzog sich in Hessen-Darmstadt mit der Ernennung des Freiherrn von Dalwigk zum leitenden Minister im Sommer 1850 der Übergang zur Reaktion: Im Oktober 1850 wurden alle politischen Vereine im Großherzogtum verboten und Bestimmungen zur Einschränkung der Pressefreiheit erlassen. Es folgten die Einführung des Dreiklassenwahlrechts und eine rigide Beschränkung des kommunalen Wahlrechts. Mit dem regierungsamtlichen Verbot des Tragens von Vollarbeiten für Staatsdiener vom November 1851, wodurch die »demokratische« Bartmode bekämpft werden sollte, trieb die »darmhessische« Reaktionspraxis ihre skurrilste Blüte, die auch bei Zeitgenossen für Heiterkeit sorgte. Am liberalsten war die Überwachung des politischen Lebens in den 1850er Jahren dagegen in Frankfurt, wo trotz einzelner Vereinsauflösungen nie ein generelles Verbot politischer Vereine und Versammlungen erfolgte. Dies bot Demokraten und Liberalen einen gewissen, wenn auch begrenzten Handlungsrahmen. Das während der Revolution eher moderate Frankfurt entwickelte sich daher in der Reaktionszeit zum Zentrum der politischen Opposition in der Rhein-Main-Region.